
Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

Im September und Oktober 1989 überschlugen sich die Ereignisse in der DDR. Es formierten sich landesweite oppositionelle Gruppierungen. Ein Bericht des MfS an das SED-Politbüro fasst die wichtigsten Entwicklungen zusammen.

In dieser "Information" berichtete die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS (ZAIG) am 9. Oktober 1989 dem SED-Politbüro über den großen Zuspruch, den das Neue Forum in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung erfuhr. Die Gruppierung hatte sich einen Monat zuvor in Berlin gegründet und einen Aufruf unter dem Titel "Die Zeit ist reif – Aufbruch 89" veröffentlicht, der die Verhältnisse in der DDR kritisch beleuchtete.

Zudem schildert der Bericht die Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 in Schwante bei Berlin. Die Staatssicherheit war darüber sehr gut informiert: Das mehrmals erwähnte Vorstandsmitglied Ibrahim Böhme (1944-1999), später sogar SDP-Vorsitzender, war langjähriger Spitzel der Geheimpolizei.

Vermerkt wird darüber hinaus eine gemeinsame Initiative von Bürgerrechtlern aus unterschiedlichen Organisationen, die unter dem Eindruck der gefälschten Kommunalwahlen vom Mai 1989 freie Wahlen unter UNO-Kontrolle forderten.

In der Anlage des Dokumentes befinden sich ein Entwurf der Gründungsurkunde der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR vom 7. Oktober 1989 und eine "Gemeinsame Erklärung" vom 4. Oktober 1989. Der Entwurf der Gründungsurkunde ist nicht die später unterzeichnete Fassung. Die vorliegende Version war zunächst von Ibrahim Böhme auf Schreibmaschine gefertigt worden. Später entstand eine korrigierte Fassung auf dem Computer von Martin Gutzeit. Vermutlich war es Böhme, der dem MfS den nicht endgültigen Entwurf das Papier zuspielte.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 127-142

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	Datum: 9.10.1989
	Zustand: Leichte mechanische Schäden

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

Verteilervorschlag zur
Information Nr.

451/89

vom 9. Oktober 1989

BStU
000127

1. Gen. Honecker
2. Gen. Stoph
3. Gen. Axen
4. Gen. Böhme
5. Gen. Dohlus
6. Gen. Eberlein
7. Gen. Hager
8. Gen. Herrmann
9. Gen. Jarowinsky
10. Gen. Keßler
11. Gen. Kleiber
12. Gen. Krenz
13. Gen. Krolikowski, W.
14. Gen. Lorenz
15. Gen. Mittag
16. Gen. Mückenberger
17. Gen. Neumann
18. Gen. Schabowski
19. Gen. Sindermann
20. Gen. Tisch
21. Genn. Lange
22. Gen. Müller
23. Genn. Müller
24. Gen. Schürer
25. Gen. Walde
26. Gen. Dickel
27. Gen. Herger
28. Gen. Sorgenicht
29. Gen. Minister
30. Gen. Carlsohn
31. Gen. Mittag
32. Gen. Großmann
33. Gen. Neiber
34. Gen. Schwanitz
35. HA II, Leiter
36. HA IX, Leiter
37. HA XX, Leiter
38. BV Berlin, Leiter
39. HA XX/4, Leiter
40. HA XX/AKG, Leiter

41. *Rebelle*

42. *RS*

15 neutrale Gr. f. BV

am 11.10.89 an

Gen. Kienburg

*Mit. 2 am 13.10.89 durch Gen. Grassdo
mit VMA/461189 an Gen. Honecker*

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!</div> <div>Nr. 451 / 89</div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">BStU 000128</div> <div>Berlin, den - 9 10 89</div> <div style="text-align: right; margin-top: 10px;">7 Blatt 8 Anlagen Exemplar</div>
<h2 style="margin: 0;">INFORMATION</h2> <p style="margin: 0;">über</p> <p style="margin: 0;">die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbe- wegungen</p> <p style="margin: 10px 0;">Bei den andauernden intensiven Aktivitäten feindlicher, oppo- sitioneller Kräfte zur Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen sind folgende Entwicklungstendenzen/Hand- lungen beachtenswert:</p> <p style="margin: 10px 0;">1. Die Propagierung und Profilierung des "Neuen Forums" wird DDR- weit forciert.</p> <p style="margin: 10px 0;">Unterstützend und begünstigend wirken dabei</p> <ul style="list-style-type: none">- die massierte Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners (beruht vor allem auf ein sich weiter eskalierendes abgestimmtes Zusam- menwirken von Vertretern westlicher bürgerlicher Medien mit feindlichen, oppositionellen Elementen und der durchgängigen Präsenz solcher Medienvertreter an den Ausgangspunkten feind- licher bzw. provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten);	

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 127-142

Blatt 128

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

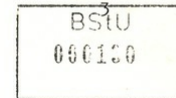
2 BStU
000129

- die auf das Interesse bestimmter Teile der Bevölkerung stoßenden Ziele und Inhalte des "Neuen Forums";
- die breite, demonstrative Bekundung insbesondere reaktionärer Amtsträger der evangelischen Kirchen für diese oppositionelle Bewegung.

Der sogen. Gründungsauf Ruf wird weiter in allen Bezirken der DDR und allen gesellschaftlichen Bereichen bekanntgemacht, verbreitet und diskutiert. Er findet unter einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung Resonanz und Zustimmung, z. T. bekundet durch Unterschriftenleistung.

Kirchliche Veranstaltungen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Es ist festzustellen, daß bei öffentlicher Ankündigung von Veranstaltungen in kirchlichen Räumen zur Thematik "Neues Forum" (auch bezogen auf andere oppositionelle Sammlungsbewegungen) eine überdurchschnittliche Besucherresonanz erreicht wird und Teilnehmerzahlen zwischen 1 000 und 2 000 Personen nicht selten sind. So mußte z. B. eine am 4. Oktober 1989 in einer Kirche in Potsdam-Babelsberg vorgesehene Veranstaltung, zu der erfahrungsgemäß 100 bis 150 Personen erwartet wurden, wegen des Erscheinens von fast 3 000 Interessenten zweimal wiederholt werden. In einigen Fällen, so u. a. in Leipzig und Magdeburg, waren derartige themenbezogene Veranstaltungen in kirchlichen Räumen - ungeachtet wiederholter Erklärungen und Appelle von Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums", so der BOHLEY, zur Besonnenheit und Vermeidung von Gewalt - Ausgangspunkte für anschließende öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktivitäten.

(Vorliegenden Hinweisen zufolge ist einzuschätzen, daß die Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" die sich aus einer gewissen Eigendynamik der Entwicklung der Sammlungsbewegung ergebenden organisatorischen und führungs-mäßigen Probleme gegenwärtig nicht beherrschen.)

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

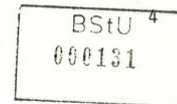
Immer wieder treten kirchliche Amtsträger als Initiatoren der Sammlung von Unterschriften für das "Neue Forum" in Erscheinung. Nach intern vorliegenden Hinweisen habe der bekannte Pfarrer TSCHICHE/Magdeburg in seinem Wirkungskreis ca. 1 000 Unterschriften gesammelt. Nach Äußerungen von Führungskräften des "Neuen Forums" solle der Personenkreis, der als Mitglied/Sympathisant der "Bewegung" angesehen werde, eine Stärke von ca. 8 000 Personen ausmachen, davon etwa die Hälfte aus der Hauptstadt der DDR, Berlin. Diese Personen repräsentieren fast alle Schichten der Bevölkerung, jedoch nur in geringem Umfang Werktätige aus produktiven Bereichen. Weiter zunehmendes Interesse findet das "Neue Forum" unter der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz, allgemein unter Jugendlichen und zunehmend unter Studenten fast aller Studieneinrichtungen. Vorliegende Hinweise lassen die Einschätzung zu, daß das Interesse dabei oftmals mehr den propagierten Inhalten/Forderungen des "Neuen Forums" gilt als der Sammlungsbewegung an sich und deren Organisierung/Profilierung.

Im kulturell-künstlerischen Bereich wirkt das "Neue Forum" besonders über die bekannte Resolution von Unterhaltungskünstlern vom 18. September 1989, die ebenfalls nach wie vor popularisiert wird und die Ausgangspunkt weitergehender Erklärungen, Appelle, Stellungnahmen udgl. ist. Die in diesem Bereich ablaufenden Prozesse des Auseinandersetzens mit aktuellen Problemen der Innenpolitik weisen jedoch deutliche Tendenzen einer relativen Eigenständigkeit auf und sind nicht mit der Profilierung des "Neuen Forums" gleichzusetzen.

Nach vorliegenden Hinweisen setzen die Führungskräfte des "Neuen Forums" ihre intensiven Bestrebungen fort, sich nach Ablehnung ihres Antrages zur Bildung einer Vereinigung als "politische Bürgerinitiative" zu formieren. (Die Versuche der Einbeziehung von Rechtsanwalt GYSI in die Durchsetzung ihrer Legalisierungsbestrebungen bekräftigen die Absicht hinsichtlich des Festhaltens an den gegen den Staat gerichteten Zielen.)

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



In allen Bezirken der DDR bestehen zumeist mit Kontaktadressen benannte sogen. Bezirksorganisationen des "Neuen Forums", in der Hauptstadt Berlin nehmen in den Stadtbezirken sogen. Arbeitsgruppen diese Funktion wahr; aus drei Bezirken liegen Hinweise über beantragte Zulassungen von Kreisorganisationen vor, z. T. mit anderen Bezeichnungen (u. a. Gadebusch/Schwerin - "Medium Nordwest").

Am 14. Oktober 1989 ist, nach streng intern vorliegenden Hinweisen, in Räumen der Sophienkirchengemeinde in der Hauptstadt Berlin eine zentrale Zusammenkunft von Erstunterzeichnern des sogen. Gründungsaufzuges des "Neuen Forums", von "Kontaktadressen" sowie Sympathisanten vorgesehen. Auf diesem Treffen sollen Fragen beraten und Festlegungen getroffen werden u. a. zur Beseitigung des noch bestehenden "programmatischen Defizits" (u. a. durch Erarbeitung bzw. Bestätigung weiterer Papiere konzeptionellen Charakters), zur Formierung des Führungszentrums (um die BOHLEY) sowie der territorialen "Organisationen" (u. a. Fortsetzung der Versuche der Anmeldung von Kreisorganisationen), zum künftigen Wirksamwerden in der Öffentlichkeit sowie der Erfassung der Sympathisanten (zentrale computergestützte Erfassung, u. a. nach berufsspezifischen Gesichtspunkten).

Als Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" agierende Kräfte, darunter die BOHLEY, PFLUGBEIL, Prof. REICH, stehen in fast ununterbrochenem Kontakt mit bekannten Schaltstellen subversiven Vorgehens gegen die DDR in Westberlin (u. a. HIRSCH), mit anderen ehemaligen DDR-Bürgern, mit Führungskräften der "Alternativen Liste" (AL)/Westberlin sowie mit der Mehrzahl in der DDR akkreditierter Korrespondenten bürgerlicher Medien (besonders der BRD) und zum Teil mit akkreditierten Diplomaten des westlichen Auslands.

Diese Personen werden über alle Schritte des Vorgehens des "Neuen Forums" und dabei erzielter "Ergebnisse"/Wirkungen informiert; es erfolgt eine Abstimmung zum weiteren Vorgehen, zu "Unterstützungshandlungen" der Medien für das "Neue Forum" usw. Ausdruck und ein Ergebnis dieses Zusammenwirkens ist auch die auf Initiative führender

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**BStU
000132 5

Mitglieder des Bereiches "Berlin-Politik" der "AL" am 6. Oktober 1989 in Westberlin vollzogene Konstituierung eines "Neuen Forums/West". Mit diesem Zusammenschluß wolle man seitens der dahinter stehenden Kräfte (u. a. der ehemalige DDR-Bürger HERZBERG) durch "abgestimmtes Vorgehen eine aktive Unterstützung" des "Neuen Forums" in der DDR erreichen.

Streng intern vorliegenden Hinweisen zufolge bemühen sich Kräfte von "Solidarnosc" um Kontakte zum Führungskreis des "Neuen Forums".

2. In Umsetzung der von der sogen. Initiative zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei verfolgten Ziele und Absichten (siehe Informationen des MfS Nr. 386/89 vom 4. September 1989 und Nr. 416/89 vom 19. September 1989) erfolgte am 7. Oktober 1989 illegal die Gründung einer "Sozialdemokratischen Partei in der DDR - SDP". Dazu liegen folgende Hinweise vor:

Am 7. Oktober 1989 fand in der Zeit von 10.30 Uhr bis gegen 20.00 Uhr im evangelischen Gemeindehaus Schwante, Kreis Oranienburg eine Zusammenkunft von über 40 Personen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, (Mehrzahl) sowie den Bezirken Dresden, Gera, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Rostock statt. Unter diesen befand sich eine Reihe kirchlicher Amtsträger, im kirchlichen Dienst stehender und aus religiösen Elternhäusern kommender Personen, die bekannten Unterzeichner des sogen. Aufrufes der "Initiativgruppe" vom 12. September 1989, die Pfarrer GUTZEIT/Potsdam, MECKEL/Magdeburg, NOACK/Rostock sowie das Mitglied des personellen Zusammenschlusses "Initiative Frieden und Menschenrechte" Berlin, Manfred BÜHME.

Pfarrer MECKEL hielt eine "programmatische" Rede und versuchte die Notwendigkeit der Bildung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR u. a. damit zu begründen, daß der Begriff "Sozialismus" für die Massen wertlos geworden sei und die SED keine Reformfähigkeit zeige,

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStUk
000133

so daß eine sozialdemokratische Orientierung in Staat und Gesellschaft erforderlich wäre. Im Ergebnis der geführten Diskussionen - Grundlage bildete der genannte Aufruf der "Initiativgruppe" - wurden als konzeptionelle Dokumente der "SDP" fertiggestellt eine sogen. Gründungsurkunde, ein Statut und ein Anhang zum Statut, in welchem "Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogrammes" dargelegt sind (Papiere als Anlage 1 der Information beigelegt). Aufgestellt wurde ferner eine 31 Anschriften von Personen aus fast allen Bezirken der DDR umfassende Liste mit "Kontaktadressen zur Gründung von Ortsverbänden der SDP".

Mit dem Verlesen der "Gründungsurkunde" durch Pfarrer MECKEL betrachteten die Anwesenden die Gründung der "SDP" als vollzogen, was in einem Schreiben an das MdI offiziell mitgeteilt werden soll. Bei allen Personen bestand Klarheit über die Rechtslage (nichtgenehmigte Bildung einer Vereinigung) und möglichen, daraus resultierenden persönlichen Konsequenzen.

Im Anschluß daran wurden die "Leitungsgremien" gewählt wie

- Vorstand
(insgesamt 15 Personen, davon 7 Pfarrer;
Vorstandsmitglieder sind u. a. GUTZEIT, MECKEL, NOACK, BÖHME),
- Geschäftsführung
(BÖHME),
- Geschäftsführender Ausschuß
(3 Sprecher),
- Schatzmeister,
- zwei Vertreter in der "Sozialistischen Internationale"
(u. a. die Katechetin Ursula KADEN/Stralsund)

und Festlegungen zur Finanzierung getroffen.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000134

Zum Gesamtverlauf der Zusammenkunft wurde ein Tonbandmitschnitt gefertigt, zeitweise erfolgten Videoaufzeichnungen (Vertreter westlicher Medien waren nicht anwesend).

Ende des Monats Oktober 1989 beabsichtigt der "Parteivorstand", zu einer Schulung zusammenzukommen.

3. Beachtenswert für die weitere Formierung unterschiedlichster oppositioneller Sammlungsbewegungen in der DDR ist eine sogen. Gemeinsame Erklärung (Anlage 2), in der unterschriftlich Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" (u. a. PFLUGBEIL), des "Demokratischen ¹Abbruch" (u. a. EPPELMANN), der "SDP" (u. a. GUTZEIT und BÖHME), der "Bürgerbewegung Demokratie jetzt" sowie verschiedenster bekannter personeller Zusammenschlüsse wie der "Initiative Frieden und Menschenrechte" (u. a. Gerd POPPE) und des "Friedenskreises" Pankow ihre Bereitschaft zu gemeinsamen politischem Handeln mit dem Ziel der "demokratischen Erneuerung" der DDR bekunden. Zu diesem Zweck wird ein Zusammengehen der "Vielfalt der Initiativen" in Aussicht gestellt, das sich vor allem auf die Durchführung demokratischer Wahlen in der DDR unter UNO-Kontrolle und dem "Wahlbündnis mit eigenen Kandidaten" orientieren soll.

Nach vorliegenden internen Hinweisen wurde diese "Gemeinsame Erklärung" am 4. Oktober 1989 im Rahmen eines wesentlich von EPPELMANN mitorganisierten Treffens verfaßt. Das Papier entspricht der Absicht EPPELMANNs und weiterer feindlicher, oppositioneller Kräfte, eine "einheitliche Wahlplattform aller oppositionellen Gruppen und Initiativen" zu schaffen. Es wurde - nach vorliegenden Hinweisen - erstmalig am 6. Oktober 1989 im Rahmen einer sogen. Zukunftswerkstatt "Wie nun weiter, DDR?" in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg vor ca. 2 000 Personen im vollen Wortlaut verlesen.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE 1 zur Information Nr. 451/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU

000125

G r ü n d u n g s u r k u n d e
der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR

Mit dem heutigen Tag gründeten die Unterzeichner die Sozialdemokratische Partei in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie erklären sich in voller Obereinstimmung mit dem von der Initiativgruppe zur Bildung einer SDP in der DDR erklärten Grundsatz, auf eine ökologisch orientierte soziale Demokratie einzuwirken.

Die Mitglieder der SDP in der DDR suchen die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, ungeachtet ihrer Strukturen, ihrer weltanschaulichen und sozialen Bildung.

Angesichts der außen- und innenpolitischen Situation der DDR halten es die Mitglieder der SDP jetzt für erforderlich, sich mit einer Partei mit demokratischer Zielstellung in einer inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeit für eine konsequente Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einzusetzen.

Der Gründung der SDP ging seit dem 26. August 1989 eine Verbreitung der Zielstellung strategischer Überlegungen der Erstunterzeichner der Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei voraus. Die Diskussionen über die erklärten Grundsätze verdeutlichen die Notwendigkeit, mit inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeiten sich jetzt gegen die zunehmende Destabilisierung des Landes zu verhalten und in dieser Weise an einer demokratischen Entwicklung mitzuwirken.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE 1 zur Information Nr. 451/89

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

S t a t u t

der

SDP - Sozialdemokratische Partei in der DDR - SDP



- § 1 Die Partei führt den Namen Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

Grundsätze:

- § 2 Die Sozialdemokratische Partei in der DDR versteht sich als "Volkspartei", lehnt den Demokratischen Zentralismus ab, vereinigt Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen, die sich den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie der Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen. Die SDP steht den Traditionen des demokratischen Sozialismus der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten nahe.
- § 3 Der Einsatz für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den beiden Menschenrechtskonventionen (1966) niedergelegt sind, gehört zu den vornehmsten Aufgaben und unaufgebbaren Prinzipien jedes Mitgliedes und der Partei als Ganzes.
- § 4 Die SDP versteht sich als demokratische Volkspartei, die für alle Schichten der Bevölkerung offen ist. Die gleichberechtigte repräsentative Beteiligung von Männern und Frauen auf allen Ebenen ist zu gewährleisten. Die Parteiarbeit beruht auf der von der Basis ausgehenden und alle Ebenen von dort her bestimmenden innerparteilichen Demokratie.
- § 5 In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie. Eine solche Demokratie erfordert die möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, das heißt u. a. eine Trennung von Staat und Parteien sowie Staat und Kirchen. Daher versteht sich die SDP bewußt als ein Teil der Gesellschaft und beansprucht nur insofern Gesellschaft und Staat nach ihren politischen Vorstellungen und Prinzipien gestalten zu können, als sie im demokratischen Wettstreit die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnt, bzw. in freien Koalitionen mit anderen diese Vorstellungen zum Zuge bringen kann. Aus diesem Selbstverständnis heraus tritt sie ein für eine parlamentarische Demokratie mit Parteienpluralität. Die SDP bekennt sich zur Gewaltlosigkeit.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE 1 zur Information Nr. 451/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStÜ

090137

- § 6 Die Achtung der Würde, Eigenverantwortlichkeit und Freiheit des Menschen sowie seine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe in Staat und Gesellschaft sind die Grundbestimmungen der von uns angestrebten sozialen Demokratie.
- § 7 Der demokratische Rechtsstaat mit strikter Gewaltenteilung beruht auf den gleichen Rechten und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger. Auf dieser Grundlage ist es Aufgabe des Staates,
- a) die persönlichen, sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
 - b) den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten;
 - c) sich mit allen Kräften für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker, zur Entmilitarisierung staatlichen Verhaltens nach innen und außen, Entmilitarisierung und den Aufbau einer europäischen - und Weltfriedensordnung einzusetzen;
 - d) Institutionen der gewaltfreien Konfliktregulierung in der Gesellschaft zu schaffen (Rechtslage).
- § 8 Aller Monopolisierung und Zentralisierung in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, wenn sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigt. Für die Wirtschaft besonders auch im Hinblick auf den staatlichen Sektor bedeutet dies, bei unvermeidbaren Monopolen eine demokratische Kontrolle sowie Überprüfung der ökonomischen Effizienz und Umweltverträglichkeit zu sichern.
- § 9 Es wird eine ökologisch orientierte, soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt. Zielbestimmungen sind:
- a) undemokratische und unsoziale Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht zu verhindern,
 - b) Bewahrung der natürlichen Umwelt durch das Einbeziehen der ökologischen Kosten in das Marktgeschehen,
 - c) diejenigen, welche die Werte schaffen, sind an den Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen (Mitbestimmung), dem Produktivvermögen (Miteigentum) und den Gewinnen zu beteiligen,
 - d) die Rechte der Konsumenten sind zu stärken.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE 1 zur Information Nr. 451/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4
BStU
090138

§ 10 Der Einsatz für unabhängige demokratische Gewerkschaften, Vereine und andere Organisationen (Behinderte,- Frauen,- Kinderschutz-, Jugend-, Ausländer-, Rentner-, Umwelt- u. a.) sowie deren Rechte ist der SDP ein grundlegendes Anliegen.

§ 11 Strukturaufbau

1. Vollversammlungen auf Ortsebene, Parteitage ab Kreisebene.
2. Bei größeren Orten wird empfohlen, sich zur konkreten Arbeit in verbindliche wohnsitzorientierte Gruppen zu untergliedern, deren Mitgliederzahl Gesprächsfähigkeit ermöglicht.
3. Delegierungsprinzip von der Basis stufenweise zu den höheren Gremien.
4. Repräsentative Delegierung von Männern und Frauen.
5. Ein mögliches, noch zu erprobendes Modell:
 - a) verbindliche wohnsitzorientierte Basisgruppen mit etwa 15 Mitgliedern
 - b) Delegierung zweier Vertreter, möglichst einer Frau und eines Mannes zur nächsthöheren Gruppe, die dann etwa 14 Personen umfaßt, diese Gruppe delegiert wiederum 2 Vertreter zur nächsten Leitungsebene und so fort.
 - c) Daraus ergeben sich die Kreis-, Bezirks- und je nach Mitgliederzahl notwendigen Zwischenebenen.
 - d) Auf DDR-Ebene entsteht dann der Landesparteirat mit 30 Mitgliedern.
 - e) Diese Leitungsgremien werden auf den Parteitagen der jeweiligen Ebene durch weitere Kandidaten entsprechend der Mitgliederproportionalität ergänzt und gemeinsam zur Wahl gestellt (vgl. § 16).

Mitgliedschaft

§ 12 Mitglied kann jeder werden, der sich den Grundsätzen dieses Statuts verpflichtet fühlt, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Staatsbürgerschaft etc., sofern er 18 Jahre alt ist (später 16 Jahre) und sich sein Wohnsitz in der DDR befindet.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE zur Information Nr. 451/89

5

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000139

- § 13 Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt durch die Basisgruppe. Die Schiedskommission entscheidet auf Antrag in einem Parteiausschlußverfahren, ob ein Mitglied dem Statut in zentralen Punkten vorsätzlich widerspricht oder erheblich gegen die Grundsätze verstößt. Gegen das Urteil kann der Betreffende binnen 4 Wochen Einspruch beim Parteirat erheben, der endgültig entscheidet.

Wahlen

- § 14 Jede Basisgruppe wählt aus ihrer Mitte als ihre Leitung den 1. und 2. Sprecher, sowie den Kassenwart. Sie wählt außerdem Personen für weitere Ämter, Protokollant ect., sowie 2 Delegierte für die nächsthöhere Ebene.
- § 15 Die Wahl der beiden Delegierten geschieht auf jeder Ebene in geheimer Abstimmung. Jedes Mitglied besitzt aktives und passives Wahlrecht. Es entscheidet die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei nochmaliger Gleichheit der Stimmen entscheidet das Los. Zur vorzeitigen Abwahl eines Delegierten ist eine 3/4-Mehrheit notwendig.
- § 16 Die aus diesen Delegierten sich zusammensetzenden Leitungsgremien werden auf den jeweiligen Parteitagen durch weitere Kandidaten entsprechend der Mitgliederproportionalität ergänzt und gemeinsam zur Wahl gestellt. Dabei muß im neu gewählten Rat aus jeder delegierenden Gruppe wenigstens ein Delegierter vertreten sein. Gewählt ist dann also der Kandidat der delegierenden Gruppe, der die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte sowie unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit die Kandidaten mit den meisten Stimmen bis zur vom Parteitag bestimmten Vollzähligkeit der Leitungsgruppe.
- § 17 Hat jemand ein Parteiamt 8 Jahre inne, kann er nur noch mit 2/3-Mehrheit für dieses Amt wiedergewählt werden.
- § 18 Bei Übernahme eines Mandates oder Staatsamtes sind alle Parteifunktionen niederzulegen und ruht das passive Wahlrecht.

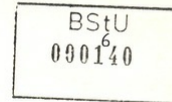
Parteitage

- § 19 Ab Kreisebenen finden jährlich Parteitage statt. Organisiert und einberufen werden sie vom Parteitagspräsidium. Teilnehmer sind alle Mitglieder bzw. Delegierten der darunterliegenden Ebene sowie weitere Delegierte des Parteitages bzw. der Vollversammlung der darunterliegenden Ebene.
- § 20 Der Parteitag gibt sich eine Geschäftsordnung.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE zur Information Nr. 451/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



- § 21 Die Parteitage nehmen die Rechenschaftsberichte zur Diskussion und Beschlußfassung entgegen. Sie erarbeiten und beschließen Leitlinien zur Parteiarbeit, welche in Kommissionen unter Hinzuziehung von Experten vorbereitet werden. Diese Leitlinien müssen vorher in allen vorangehenden Ebenen vorgestellt und diskutiert worden sein, werden mit einfacher Mehrheit beschlossen und sind für alle beteiligten Ebenen verbindlich. Muß in dringenden Fällen ein Parteitag sofortige Entscheidungen in zentralen Fragen fällen, ist eine 2/3-Mehrheit notwendig.
- § 22 Die Parteitage wählen eine Finanz-, Schieds- und Kontrollkommission. In den beiden letzteren dürfen nur Delegierte sein, die kein anderes Parteiamt inne haben.
- § 23 Ein Sonderparteitag ist einzuberufen, wenn 1/3 der dazugehörenden Räte bzw. Gruppen dies wünschen, das Präsidium es für nötig erachtet oder der Parteirat jeder Ebene es beschließt.

Finanzen

- § 24 Die SDP finanziert ihre Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, über die Beitragshöhe entscheidet der Landesparteitag. Die Herkunft aller Spenden ist offen zu legen.
- § 25 Die Gelder werden in den Basisgruppen gesammelt, verwaltet und zur Finanzierung der eigenen sowie der überregionalen Arbeit entsprechend den Parteitagsbeschlüssen eingesetzt.
- § 26 Auf den Parteitagen werden Haushaltspläne erstellt, Umlagenbeschlüsse verabschiedet und Kassensführer entlastet. Das Vermögen der Partei ist Gesamteigentum, vgl. § 42 ZGB.
- § 27 Für hilfsbedürftige Personen wird ein Sonderfonds eingerichtet.

Durchschaubarkeit

- § 28 Alle Delegiertensitzungen und Parteitage sind so aufzuzeichnen, daß jedes Parteimitglied den Verlauf der Diskussion verfolgen kann. Es ist ein Protokoll anzufertigen und von 2 Personen zu unterschreiben. Jeder Delegierte ist jederzeit, wenn es die ihn delegierende Gruppe wünscht, zur Rechenschaft verpflichtet.

Dieses Statut tritt mit Beschluß vom 7. 10. 1989 in Kraft, und gilt bis zum ersten Parteitag.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE zur Information Nr. 451/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Anhang zum Statut

Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogramms

BSU
090141

A) Zur Ordnung von Staat und Gesellschaft:

1. Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung.
2. Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität.
3. Eine den UN-Menschenrechten entsprechende nationale Gesetzgebung.
4. Soziale Gerechtigkeit und Sicherung einer Mindestexistenz.
5. Trennung von Staat und Gesellschaft, insbesondere von Staat und Partei sowie Staat und Kirche.
6. Gewissens-, Religions-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit mit Verhinderung von Pressekonzentration.
7. Freie Medien öffentlichen Rechts.
8. Relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Städte und Gemeinden.
9. Dezentralisierung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens.
10. Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht.
11. Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften sowie gleichberechtigte Privatwirtschaft.
12. Recht auf freie Gewerkschaften und Streikrecht.
13. Betriebliche Mitbestimmung.
14. Gleichberechtigung und geschlechtsspezifische Förderung von Frau und Mann.
15. Die Verbesserung der Lage der Kinder (Kindeswohl) muß zu einem übergeordneten Entscheidungsfaktor auf allen Ebenen werden.
16. Schutz der Privatsphäre, Datenschutz.
17. Entmilitarisierung der Gesellschaft und radikale Schritte zur Abrüstung.
18. Reisefreiheit und Auswanderungsrecht für alle Bürger inklusiv das Recht auf Rückkehr.
19. Asylrecht für politische Flüchtlinge.
20. Aktiver Widerstand gegen undemokratische, nationalistische, rassistische und neofaschistische Tendenzen.

B) Zur Außenpolitik:

1. Stärkung internationaler Institutionen und Rechtsordnungen.
2. Mitarbeit an einer europäischen und Weltfriedensordnung in der die Militärbündnisse überflüssig werden.
3. Anerkennung der derzeitigen Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
4. Besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung, insbesondere für den Frieden in Europa.
5. Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern, sowie nationalen Minderheiten.
6. Mithilfe bei der Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung.

Bericht über die Formierung von Oppositionsbewegungen in der DDR

ANLAGE 2 zur Information Nr. 451/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Gemeinsame Erklärung

Am 4. Oktober 1989 haben sich Vertreter

BSTU
000142

der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt,
des Demokratischen Aufbruchs,
der Gruppe Demokratischer SozialistInnen,
der Initiative Frieden und Menschenrechte,
der Initiative Gruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR,
des Neuen Forums
sowie Vertreter von Friedenskreisen

zusammengefunden, um Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns
zu besprechen.

Wir begrüßen die sich entwickelnde Vielfalt der Initiativen als Zeichen
des Aufbruchs und des wachsenden Mutes, eigene politische Positionen
öffentlich zu vertreten.

Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten.

Es kommt darauf an, einen Zustand zu beenden, in dem Bürgerinnen und Bürger
dieser Gesellschaft nicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Rechte
so auszuüben, wie es die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen
und die KSZE-Dokumente verlangen.

Wir erklären uns solidarisch mit allen, die wegen ihres Einsatzes für
diese Ziele verfolgt werden. Wir setzen uns ein für die Freilassung der
Inhaftierten, die Aufhebung ergangener Urteile und die Einstellung laufender
Ermittlungsverfahren.

Wir halten es für vorrangig, in unserem Lande eine Diskussion darüber zu
eröffnen, welche Mindestbedingungen für eine demokratische Wahl einge-
halten werden müssen :

Sie muß unterschiedliche politische Entscheidungen ermöglichen.

Sie muß geheim sein, d.h. die Wähler sind verpflichtet, eine Wahlkabine
zu benutzen. Sie muß frei sein, d.h. niemand darf durch Druck zu einem
bestimmten Wahlverhalten genötigt werden.

Die nächsten Wahlen sollten unter UNO-Kontrolle stattfinden.

Wir wollen zusammenarbeiten und prüfen, in welchem Umfang wir ein Wahl-
bündnis mit gemeinsamen eigenen Kandidaten verwirklichen können.

Um unser Land politisch zu verändern, bedarf es der Beteiligung und der
Kritik aller. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR auf, an der
demokratischen Erneuerung mitzuwirken.

Angelika Barbe (Initiativgruppe SDP)
Marianne BIRTHLER (Initiative Frieden und Menschenrechte)
Ibrahim M. Böhme (Initiativgruppe SDP)
Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch)
Martin Gutzeit (Initiativgruppe SDP)
Barbara Hähnchen (Friedenskreis Pankow)
Heinz KÜCHLER (Demokratie Jetzt)
Kathrin Menge (Neues Forum)
Rudi Pahnke (Demokratischer Aufbruch)
Sebastian Pflurbeil (Neues Forum)
Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte)
Ulrike Poppe (Demokratie Jetzt)
Werner Schulz (Friedenskreis Pankow)
Dr. Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt)
Reinhard Weidauer (Demokratischer Aufbruch)
und ein Vertreter der Gruppe Demokratischer SozialistInnen

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 127-142

Blatt 142